



# Verordnung zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (Klimaschutz-Verordnung, KIV)

## Änderung vom ...

---

*Der Schweizerische Bundesrat  
verordnet:*

I

Die Klimaschutz-Verordnung vom 27. November 2024<sup>1</sup> wird wie folgt geändert:

### *Ingress*

gestützt auf die Artikel 3 Absatz 5, 4 Absatz 2, 6 Absatz 3, 7, 10 Absatz 3, 11 Absatz 1 und 13 Absatz 1 des Bundesgesetzes vom 30. September 2022<sup>2</sup> über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (KIG) und auf das CO<sub>2</sub>-Gesetz vom 23. Dezember 2011<sup>3</sup>,

### *Art. 1 Bst. f*

Diese Verordnung regelt:

- f. die Vorbildfunktion des Bundes und der Kantone (Art. 10 KIG).

### *Gliederungstitel nach Art. 30*

## **5a. Kapitel: Vorbildfunktion von Bund und Kantonen**

*Art. 30a–30f einfügen nach dem Gliederungstitel des 5a. Kapitels*

AS .....

<sup>1</sup> SR **814.310.1**

<sup>2</sup> SR **814.310**

<sup>3</sup> SR **641.71**

*Art. 30a* Erreichung des Netto-Null-Ziels

<sup>1</sup> Die zentrale Bundesverwaltung nach Artikel 7 Absatz 1 der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung vom 25. November 1998<sup>4</sup> (RVOV) mit Ausnahme der Gruppe Verteidigung und des Bundesamtes für Rüstung (armasuisse) erreicht oder übertrifft an ihren Standorten in der Schweiz das Netto-Null-Ziel nach Artikel 3 Absatz 1 KIG bis zum Jahr 2040. Neben den direkten und indirekten Emissionen sind die vor- und nachgelagerten Emissionen schrittweise zu berücksichtigen.

<sup>2</sup> Die zentrale Bundesverwaltung für ihre Standorte im Ausland, die Armee, die Gruppe Verteidigung und armasuisse erreichen oder übertreffen das Netto-Null-Ziel nach Artikel 3 Absatz 1 KIG bis zum Jahr 2050. Neben den direkten und indirekten Emissionen sind die vor- und nachgelagerten Emissionen so weit wie möglich zu berücksichtigen.

<sup>3</sup> Das BAFU beschafft die erforderlichen nationalen oder internationalen Bescheinigungen für die Anwendung von NET durch die zentrale Bundesverwaltung und die Armee.

<sup>4</sup> Die zentralen Verwaltungen der Kantone, die Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung gemäss Anhang 1 RVOV und die verselbstständigten Einheiten des Bundes gemäss Anhang 3 RVOV streben an, das Netto-Null-Ziel nach Artikel 3 Absatz 1 KIG bis zum Jahr 2040 zu erreichen oder zu übertreffen. Neben den direkten und indirekten Emissionen sind die vor- und nachgelagerten Emissionen so weit wie möglich zu berücksichtigen.

<sup>5</sup> Die folgenden Emissionen sind in den Zielen der Absätze 1 und 2 durch die zentrale Bundesverwaltung nicht zu berücksichtigen:

- a. nachgelagerte Emissionen, die durch die Nutzung der Nationalstrassen oder weiterer bundeseigener Verkehrsinfrastrukturen oder durch subventionierte Tätigkeiten ausgelöst werden;
- b. direkte und indirekte sowie vor- und nachgelagerte Emissionen bei Projekten der internationalen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit, der humanitären Hilfe sowie der Förderung des Friedens und der menschlichen Sicherheit;
- c. direkte und indirekte sowie vor- und nachgelagerte Emissionen der Gebäude in der Verantwortung des ETH-Bereichs nach Artikel 6 Absatz 3 der Verordnung vom 5. Dezember 2008<sup>5</sup> über das Immobilienmanagement und die Logistik des Bundes.

*Art. 30b* Bilanzierung

<sup>1</sup> Das UVEK stellt die Bilanzierung der direkten und indirekten sowie der vor- und nachgelagerten Emissionen der zentralen Bundesverwaltung mit Ausnahme der Gruppe Verteidigung und von armasuisse sicher.

<sup>2</sup> Es erstellt eine Gesamtsicht über die Erreichung des Netto-Null-Ziels der zentralen Bundesverwaltung mit Ausnahme der Gruppe Verteidigung und von armasuisse und

<sup>4</sup> SR 172.010.1

<sup>5</sup> SR 172.010.21

koordiniert die Arbeiten, die zur Erstellung der Gesamtsicht erforderlich sind. Dazu gehört insbesondere die Definition der durch die zentrale Bundesverwaltung und die Armee angewandten Methoden und Standards.

<sup>3</sup> Das VBS stellt die Bilanzierung der direkten und indirekten sowie der vor- und nachgelagerten Emissionen der Armee, der Gruppe Verteidigung und von armasuisse sicher.

<sup>4</sup> Es erstellt eine Gesamtsicht über die Erreichung des Netto-Null-Ziels durch die Armee, die Gruppe Verteidigung und armasuisse.

*Art. 30c*            Fahrpläne für die zentrale Bundesverwaltung und die Armee:  
Koordination und Erarbeitung

<sup>1</sup> Die Departemente und die Bundeskanzlei sind für die Zielerreichung in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich verantwortlich.

<sup>2</sup> Die Departemente und die Bundeskanzlei bestimmen ihre Schlüsselverwaltungseinheiten, die über wichtige Hebel für die Erreichung des Netto-Null-Ziels sowie für die Umsetzung von Massnahmen verfügen und wesentlich zur Reduktion der Emissionen beitragen können.

<sup>3</sup> Die Departemente, die Bundeskanzlei und die Schlüsselverwaltungseinheiten erstellen für ihre Bereiche die Fahrpläne für die Erreichung des Netto-Null-Ziels.

<sup>4</sup> Das UVEK erstellt für die zentrale Bundesverwaltung mit Ausnahme der Gruppe Verteidigung und von armasuisse sowie für die Standorte der zentralen Bundesverwaltung im Ausland einen Gesamtfahrplan; dieser basiert auf den Fahrplänen der Departemente und der Bundeskanzlei.

<sup>5</sup> Das VBS erstellt für die Armee, die Gruppe Verteidigung und armasuisse einen separaten Fahrplan.

<sup>6</sup> Der Bundesrat beschliesst den Gesamtfahrplan nach Absatz 4 sowie den Fahrplan des VBS nach Absatz 5. Bei Bedarf beauftragt er die Departemente und die Bundeskanzlei, ihre Fahrpläne nach Absatz 3 an den von ihm beschlossenen Gesamtfahrplan anzupassen.

<sup>7</sup> Die Fahrpläne werden erstmals 2027 für die Legislaturperiode 2028–2031 erstellt und danach im Hinblick auf die jeweils nächste Legislaturperiode aktualisiert. Der Gesamtfahrplan sowie der Fahrplan des VBS werden publiziert.

*Art. 30d*            Fahrpläne für die zentrale Bundesverwaltung und die Armee: Inhalt

<sup>1</sup> Ein Fahrplan umfasst die Emissionen, für welche die erstellende Verwaltungseinheit die Entscheidkompetenz hat und die Finanzierungsentscheide trifft.

<sup>2</sup> Ein Fahrplan muss mindestens enthalten:

- a. eine Bilanzierung der direkten und indirekten sowie vor- und nachgelagerten Emissionen;
- b. eine Beschreibung der bestehenden Anlagen und Prozesse;

- c. eine Analyse, die zeigt, mit welchen Lösungen in welchem Umfang Treibhausgasemissionen vermindert und NET angewendet werden können;
- d. die gestützt auf die Analyse nach Buchstabe c zu ergreifenden Massnahmen zur Verminderung der Treibhausgasemissionen oder zur Anwendung von NET;
- e. einen Absenkpfad für die direkten und die indirekten sowie die vor- und nachgelagerten Emissionen; der Absenkpfad muss soweit technisch möglich linear sein und Zwischenziele beinhalten;
- f. einen kontinuierlichen Aufbaupfad für die Anwendung von NET, mit denen die Treibhausgasemissionen, die mit den Massnahmen nach Buchstabe d nicht vermindert werden können, bis spätestens im Netto-Null-Zieljahr gemäss Artikel 30a Absätze 1 und 2 ausgeglichen werden;
- g. die zu ergreifenden Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel nach Artikel 8 KIG.

*Art. 30e*           Berichterstattung der zentralen Bundesverwaltung und der Armee

<sup>1</sup> Die Departemente und die Bundeskanzlei sorgen dafür, dass die Rohdaten, die für die Berechnung der direkten und indirekten sowie vor- und nachgelagerten Emissionen der zentralen Bundesverwaltung mit Ausnahme der Gruppe Verteidigung und von armasuisse nötig sind, dem UVEK jährlich mittels zentraler Kollaborationsplattform übermittelt werden.

<sup>2</sup> Das UVEK berechnet sämtliche Emissionen für die zentrale Bundesverwaltung mit Ausnahme der Gruppe Verteidigung und von armasuisse.

<sup>3</sup> Es informiert den Bundesrat ab 2027 in den Jahren, in welchen keine Berichterstattung nach Absatz 5 erfolgt, über die Zielerreichung bei der Reduktion der direkten und indirekten Emissionen der zentralen Bundesverwaltung mit Ausnahme der Gruppe Verteidigung und von armasuisse.

<sup>4</sup> Es informiert den Bundesrat zudem ab 2028 in den Jahren, in welchen keine Berichterstattung nach Absatz 5 erfolgt, über die Zielerreichung bei der Reduktion der vor- und nachgelagerten Emissionen sowie über die Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel in der zentralen Bundesverwaltung mit Ausnahme der Gruppe Verteidigung und von armasuisse.

<sup>5</sup> Es erstattet dem Bundesrat und dem Parlament nach Abschluss jeder Legislaturperiode, erstmals 2032, Bericht über die Zielerreichung bei der Reduktion der direkten und indirekten sowie der vor- und nachgelagerten Emissionen sowie über die Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel in der zentralen Bundesverwaltung mit Ausnahme der Gruppe Verteidigung und von armasuisse. Der Bericht wird publiziert.

<sup>6</sup> Das VBS berechnet sämtliche Emissionen der Armee, der Gruppe Verteidigung und von armasuisse.

<sup>7</sup> Es erstattet dem Bundesrat und dem Parlament nach Abschluss jeder Legislaturperiode, erstmals 2032, Bericht über die Zielerreichung bei der Reduktion der direkten und indirekten sowie der vor- und nachgelagerten Emissionen und über die Massnah-

men zur Anpassung an den Klimawandel in der Armee, der Gruppe Verteidigung und bei armasuisse. Der Bericht wird publiziert.

*Art. 30f* Grundlagen für die Kantone, die dezentrale Bundesverwaltung und die verselbstständigten Einheiten des Bundes

<sup>1</sup> Unter Federführung des UVEK stellt der Bund den Kantonen, den Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung gemäss Anhang 1 RVOV und den verselbstständigten Einheiten des Bundes gemäss Anhang 3 RVOV themenspezifische Umsetzungshilfen zur Bilanzierung von Treibhausgasemissionen sowie Grundlagen, Methoden und Materialien für die Erreichung des Netto-Null-Ziels zur Verfügung und fördert den Wissenstransfer.

<sup>2</sup> Die Departemente erarbeiten für die verselbstständigten Einheiten des Bundes gemäss Anhang 3 RVOV in ihrem Zuständigkeitsbereich Vorgaben zur Erreichung des Netto-Null-Ziels und beantragen dem Bundesrat, diese in die strategischen Ziele der jeweiligen Einheit aufzunehmen.

## II

Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 2026 in Kraft.

...

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Die Bundespräsidentin: Karin Keller-Sutter

Der Bundeskanzler: Viktor Rossi